STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 01/16 des Einwohnerrates

Freitag, 13. Mai 2016, 20:00 - 22.05 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Spescha	Peter	SP	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat			
	Cantieni	Arthur	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Aktuar
	Dean	Cornelia	SP	Stimmenzähler
	Flück	Christian	Pro Stein	Vizepräsident
	Gruhler Heinzer	Irene	SP	
	Käser	Werner	FDP	
	Marchetto	Gian Luca	SVP	
	Ochsner	Daniel	SVP	Stimmenzähler
	Oster	Rolf	SP	
	Rossi	Jean-Marc	Freie Liste (FL)	
	Schäffeler	René	FDP	
	Schmid	Werner	parteilos	
	Stadtrat			
	Eimer	Claudia Pia	Stadtpräsidentin	
	Böhni	Ernst	Sicherheitsreferent	
	Oderbolz	Markus	Bau- und Werkreferent	
	Böhni	Ulrich	Bildungsreferent	
	Sigrist	Karin	Finanzreferentin	
	Verwaltung			
	Bühler	Ernst	Stadtschreiber	
	Grötchen	Robert	Polizeichef/Weibel	
Entschuldigt:	Frei	Christoph	Pro Stein	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
Protokoll:	Strasser	Beatrice	Protokollführerin	

Traktanden

1. Wahl der Protokollführerin
2. Protokollgenehmigung
3. Sistierung Volksinitiative Strandbad Niderfeld, Riipark mit

BademeisterIn
4. Motion Cantieni betreffend behindertengerechtem Schiffssteg
5. Information, Umfrage 5

Einwohnerratspräsident Peter Spescha eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden zur ersten Einwohnerratssitzung des Jahres 2016. Speziell begrüsst werden Karin Sigrist und Ulrich Böhni als neue Stadträte, sowie Beatrice Strasser als neue Protokollführerin. Das Jahr 2016 ist für viele Ratsmitglieder des Einwohnerrates das letzte Jahr ihrer laufenden Amtsperiode. Für etwa die Hälfte ist es aber auch das letzte Jahr der ersten Amtsperiode. Im Hinblick auf die Wahlen im Herbst bittet Peter Spescha die Amtskolleginnen und Amtskollegen darum, den Wahlkampf nicht in die Einwohnerratssitzung einzubringen, entsprechende Diskussionen respektvoll zu führen und sachpolitisch zu arbeiten. Eine weitere grosse Bitte geht an den Stadtrat und die einzelnen Referenten, die gesetzten Fristen für die Unterbreitung der Anträge einzuhalten. Es gibt Gründe dafür, dass im Reglement die Fristen gesetzt und notiert sind. Mit der Einhaltung der Fristen kann man allen viel Arbeit ersparen und Ressourcen schonen. Für das anstehende Wahljahr wünscht Peter Spescha allen Amtskolleginnen und Kollegen ein gutes Amtsjahr und bedankt sich. Hiermit gilt die Einwohnerratssitzung als eröffnet.
Peter Spescha verweist auf die Traktandenliste, welche dem Rat im Vorhinein zugeschickt wurde. Er schlägt dem Einwohnerrat zwei Änderungen der Traktandenliste vor. Zum einen sollen die Traktanden eins und zwei ausgetauscht werden. Traktandum eins ist die Genehmigung des Protokolls der letzten Einwohnerratssitzung, Traktandum zwei ist die Wahl der neuen Protokollführerin. Peter Spescha schlägt vor, die Traktanden zu tauschen, damit von Anfang an ein Protokoll geführt werden kann. Zudem sollen Traktandum drei „Bauabrechnung Chnebelgässli“ und Traktandum vier „Bauabrechnung Rietstrasse“ gestrichen werden. Usus gemäss sind die Bauabrechnungen immer mit der Jahresabrechnung traktandiert und behandelt worden. Dieses Vorgehen will man im Moment auch noch beibehalten. Allerdings sind Diskussionen im Gange, die der Stadtrat mit der Rechnungsprüfungskommission schon geführt hat, welche hier gewisse Änderungen vorschlagen. Vielleicht kommen dazu unter dem letzten Punkt Umfragen und Informationen noch mehr Informationen. Wenn also die Ratskolleginnen und Kollegen einverstanden sind, wird die Traktandenliste folgendermassen aussehen:

1. Wahl der Protokollführerin
2. Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2015
3. Sistierung der Volksinitiative des Strandbades Niderfeld Riipark mit Badmeisterin oder Badmeister
4. Motion Cantieni betreffend behindertengerechtem Schiffssteg
5. Information, Umfrage

Peter Spescha bittet um Entschuldigung für die Änderung an der Traktandenliste und fragt nach, ob sich jemand zur geänderten Traktandenliste äussern will.

René Schäffeler, FDP begrüsst die Anwesenden. Er ist ein wenig befremdet, dass man die beiden Bauabrechnungen einfach streicht. Man bereitet sich in der Fraktion darauf vor bespricht sich und es ist nun ein bisschen gar kurzfristig, diese einfach zu streichen. Er findet es auch nicht ganz unglücklich, wenn man diese mal separat anschaut und nicht erst zusammen mit dem Jahresbericht, wo sie ja in der Regel eher zu kurz kommen. Man schaut schnell darüber und bespricht die Bauabrechnungen an sich gar nicht.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bemerkt, dass man darüber auch nicht ganz glücklich ist. Man hat sich schon während der Bürositzung darüber Gedanken gemacht, sich dann aber dazu entschlossen, die Traktanden zu streichen. Peter Spescha bedankt sich für den Input. Somit schreiten wir weiter zur Anwesenheitskontrolle.

Gian Luca Marchetto, SVP macht darauf aufmerksam, dass man die Traktandenliste noch per Abstimmung annehmen soll.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident fragt nach, ob eine Abstimmung gewünscht ist und bittet somit zu Abstimmung.
Beschluss
Die Traktandenliste wird mit 9 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen mit einer Enthaltung genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

1. Wahl der Protokollführerin

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident Die Protokollführerin Karin Schmid hat Ende März 2016 ihren Rücktritt aus dem Amt als Protokollführerin des Einwohnerrates bekannt gegeben. Darauf hat man sich nach einer neuen Protokollführerin umgesehen und auch ein paar Bewerbungen erhalten. Zu Wahl als neue Protokollführerin vorgeschlagen wird Frau Beatrice Strasser. Frau Strasser studiert im zweiten Semester Publizistik an der Universität Zürich. Sie ist in Stein am Rhein aufgewachsen und zur Schule gegangen. Trotz ihres Studiums in Zürich hat sie auch heute noch eine enge Verbindung zu Stein am Rhein und ist am politischen Geschehen des Städtchens interessiert. Herr Spescha ist davon überzeugt, dass Frau Strasser sowohl die fachliche, wie auch die persönliche Kompetenz zur Protokollführung des Einwohnerrates mitbringt. Somit empfiehlt Herr Spescha den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten Frau Strasser zur Wahl als neue Protokollführerin. Ohne weitere Vorschläge schreitet der Einwohnerrat zur Wahl der neuen Protokollführerin.

Beschluss
Frau Strasser wird einstimmig als neue Protokollführerin des Einwohnerrates gewählt.

INNERES, Einwohnerrat, Protokolle 03.20.005

2. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2015 wird genehmigt.

Mittelung an
Stadtkanzlei
Ablage

BAU, Städtische Anlagen, Riipark/Strandbad 00.20.020

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

INNERES, Einwohnergemeinde, Volksinitiativen 03.15.015

3. Sistierung Volksinitiative Strandbad Niderfeld, Riipark mit BademeisterIn

Karin Sigrist, Finanzreferentin begrüsst die Einwohnerräte und die Anwesenden. Die Initiative ging am 25. September 2015 beim Stadtrat ein. Der Stadtrat hat die Initiative angenommen und

sie zugewiesen und in der Zwischenzeit waren Neuwahlen. Ulrich Böhni und Karin Sigrist kamen neu dazu. Sie würden sich beide gerne in dieses Geschäft einbringen und haben dann darum gebeten, dass man das nochmals genau anschaut, dass man mit den Initianten nochmals spricht und somit schaut, ob zusammen eine Lösung in die richtige Richtung gefunden werden kann. Nun ist schon ein halbes Jahr vorbei mit dem neuen Regime. Hier zieht man meist einen Schlussstrich und schaut, ob das neue Regime gut ist oder ob Anpassungen vorgenommen werden müssen. Somit wurde ein Termin gemacht und man hat sich mit den Initianten getroffen und hat ihnen erklärt, wie denn das jetzige Regime funktioniert und welche Änderungen wo genau anstehen. Vor allem beim Punkt Badeaufsicht ist man zum Schluss gekommen, dass vor allem nach diesem Vorfall im letzten Herbst, Aufsichtspersonen nur noch mit Brevet und einem Mindestalter von 18 Jahren einstellen will. Hier hat man aus der Situation gelernt. Dann haben die Initianten dargelegt, was ihre Ideen für das Projekt sind. Daraufhin wurde im gemeinsamen Gespräch geschaut, ob es einen gemeinsamen Nenner gibt. Hier hat man sich auf drei Punkte geeinigt. Man kann also die Forderung nach einem geschlossenen Strandbad erfüllen, wenn man ein Tor installiert, welches kindersicher ist. Also eines, welches Volljährige aufmachen können, Kinder aber nicht. Ein zweiter Punkt ist, dass es wieder Wasserspielgeräte geben soll und dass schon vorhandene Spielgeräte bleiben sollen. Bei den Wasserspielgeräten konnte nicht genau gesagt werden, welche man will, sondern man hat mit dem Verband für Hallen- und Freibäder und der bfu Stiftung abgeklärt, was geht und was die Voraussetzungen für die jeweiligen Spielgeräte sind. Man konnte sich also nicht etwas Konkretes versprechen, sondern musste sich auch im Klaren sein dass, wenn man sich auf etwas einigt, sicher auch der Stadtrat noch gefragt werden muss aufgrund der Finanzkompetenz. Der dritte Punkt ist der Bademeister. Dies ist ein schwieriger Punkt, weil jede Badi einen anderen Bademeister hat. In jeder Badi hat der Bademeister andere Aufgaben zu erledigen. Manchmal gehören die Garderoben dazu, manchmal nicht. Es ist einfach nie das Gleiche. Somit wurde beschlossen, dass der Bademeister hier die Aufgabe hat, den Rhein im Auge zu behalten und das sollte eigentlich während der ganzen Saison ein und dieselbe Person sein. Natürlich ist das aufgrund des Arbeitsgesetzes nicht möglich, aber ungefähr so sollte es sein. Die Initianten haben sich daraufhin beraten und haben diskutiert, ob die Initiative zurückgezogen werden sollte, sollten diese drei Punkte so gelten, haben dann aber mitgeteilt, dass sie die Initiative lieber nur sistieren würden, damit sie nach der Saison entscheiden können. Sie wollen lieber zuerst sehen, wie dies umgesetzt wird, bevor sie sich schlussendlich entscheiden, ob sie die Initiative zurückziehen. Sie wollen zuerst schauen, ob die Punkte, die sie aufgelistet haben und zu denen die Leute unterschrieben haben, auch wirklich umgesetzt werden.
Frau Sigrist bemerkt, dass sie den Punkt der Badikommission vergessen hat zu erwähnen. Man hat beschlossen, zusammen mit den beiden Initianten Nadja Spalinger und Urs Hofer eine Badikommission zu gründen, damit man diese vorher genannten Punkte erarbeiten kann. Dies bedeutet auch Abklärungen über Anforderungen und Reglemente, welche die Badi erfüllen muss. Es gibt beispielsweise ganz viele verschiedene Schwimmbrevets. Es musste also abgeklärt werden, welches Brevet was bedeutet, und welches Brevet erforderlich ist für einen Bademeister. Der Stadtrat hat diese Badikommission zuerst an einen Rückzug der Initiative gebunden. Als dann jedoch die Initianten beschlossen, nur zu Sistieren und abzuwarten, ob wirklich alles umgesetzt wird, hat der Stadtrat beschlossen, die Kommission auch mit einer Sistierung durchzuführen. Nach der ersten Badikommissionssitzung ist Nadja Spalinger von ihrem Posten zurückgetreten. Kurz darauf kam auch ihr Schreiben, in welchem sie mitteilte, man solle doch nicht sistieren. Dieses Schreiben ging jedoch nicht an den Stadtrat, sondern wurde in der Zeitung publiziert und gelangte so in den Stadtrat. Nadja Spalinger wurde dann dazu aufgefordert, einen Ersatz für ihren Posten zu finden, man kann ja nicht einfach alles über den Haufen werfen. Bis heute wurde aber niemand neues gestellt. Das heisst in der Badikommission ist glücklicherweise Urs Hofer geblieben, welcher auch sehr intensiv mit dem Stadtrat mitarbeitet und Ideen bringt. So kam beispielsweise eine Fachperson der BFU-Stiftung vorbei, welche genauer erläutert hat, welche Brevets gebraucht werden und welche Aufsicht nötig ist und welche Wasserspielgeräte auch ohne Aufsichtsperson genutzt werden können. Der Balken kann beispielsweise auch ohne Aufsicht genutzt werden, das Floss hingegen nicht. Die Gefahr des Flosses besteht darin, dass man sich beim Runterspringen am Rücken

verletzen kann, wenn das Wasser zu wenig tief ist. Von allen Geräten, auf denen man stehen kann, kann man auch hineinspringen. Diese sind deshalb gefährlich. Diese Gefahr besteht beim Balken nicht, da man da nicht wirklich darauf stehen kann. Daran ist man nun am Arbeiten. Man findet immer mehr heraus und nähert sich so immer mehr einem Idealzustand für ein gutes Strandbad. In diesem Sinne geht auch der Antrag an den Stadtrat. Man würde gerne in diesem Sinne weiter agieren und daran arbeiten. Es wäre schade, wenn man das alles nun über den Haufen werfen würde. Dann würde die Kommission einfach im Nichts stehen. Man würde gerne weiter schauen, wie sich die Badi entwickelt, allen Gelegenheit geben, das neue Konzept zu betrachten. Das Konzept ist noch in Bearbeitung, aber im Laufe des Sommers läuft das, gewisse Ideen für Geräte sind schon sehr ausgereift und daher wäre man froh über eine Sistierung.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei der Stadträtin. Er macht darauf aufmerksam, dass hier über die Sistierung geredet wird und nicht über die Initiative an sich und bittet daher die Ratsmitglieder, ihr Urteil dementsprechend zu formulieren. Somit wird die Eintretensdebatte eröffnet.

Irene Gruhler Heinzer, SP *begrüsst die Mitglieder des Einwohnerrates und die Anwesenden. Seit längerem beschäftigt Stein am Rhein das Strandbad und im Einwohnerrat sind seit 2013 verschiedene Vorlagen zum Thema Strandbad diskutiert worden. Frau Gruhler-Heinzer hat sich die Mühe gemacht die Debatten und Abstimmungen des Einwohnerrates in chronologischer Reihenfolge zusammen zu suchen.*
Am 8.11.2013 wird im Einwohnerrat über die Sanierung der Hemishoferstrasse West mit der Neugestaltung des Strandbadparkplatzes debattiert. Der Vorschlag wird angenommen. Gegen diesen Beschluss ergriff die damalige ÖBS das Referendum.
Am 14.11.2014 folgt die Streichung der Bademeisterstelle im Stellenplan aus Spargründen durch den Einwohnerrat auf Antrag des Stadtrates.
Am 12.12.2014 wird im Einwohnerrat die Sanierung des Riiparks (ehemals Strandbad) beschlossen. Darauf kommen die Referendumsabstimmungen gegen diese Beschlüsse:
Am 8.3.2015 kommt es zur Abstimmung über das Referendum der ÖBS/Freien Liste. Die Steiner Bevölkerung lehnt die Neugestaltung des Parkplatzes mit 600 zu 787 Stimmen knapp ab.
Am 14.5.2015 kommt es zur Abstimmung über das Referendum zur Sanierung des Strandbadgebäudes. Dabei ging es aber eben nur um die Sanierung der Gebäude und nicht, wie einige hofften, auch um die Frage der Erhaltung des Strandbades. Der Sanierung wurde mit 763 zu 645 Stimmen zugestimmt. Also mit einem Mehr von knapp 120 Stimmen. Wenn man die Geschichte rund ums Strandbad Revue passieren lässt, kann man zum Schluss kommen, dass es hier verschiedene Meinungen gibt.
Immer mehr hat man sich nun endlich der Kernfrage genähert, die lautet: Wer will das Strandbad mit Bademeister und Spielgeräten erhalten und wer will den Riipark? Und genau diese Frage stellt doch nun die Initiative: Strandbad mit Bademeister oder Riipark?
In dieser Konsequenz mit dieser verwirrenden Vorgeschichte wollen nun die Initianten und Initiantinnen das Volk nun endlich über das Strandbad entscheiden lassen. Über ein Strandbad mit Bademeister oder, falls nicht, die öffentliche Anlage Riipark. Der Widerstand gegen die Idee des Riiparks bestand also in breiten Kreisen schon seit Anfang der aktuellen Debatte im Jahr 2013, also seit dieser Legislatur. Frau Gruhler-Heinzer selbst stand der Idee des Riiparks anfänglich recht positiv gegenüber. Die Aussicht, dort zu jeder Jahreszeit dem Rhein entlang flanieren zu können und in einem auch in den Abendstunden zugänglichen Bistro einkehren zu können, findet sie nach wie vor attraktiv, zumal die momentane Gerantin das Bistro qualitativ gut und charmant führt.
Die Argumente der Gegnerinnen und Gegner einer öffentlichen Anlage sind jedoch aus Sicht von Eltern, Kindern und Jugendlichen auch sehr gut nachvollziehbar. Die Sicherheit der Badenden, die Streichung des Sprungturmes und des Flosses bedeuten sicher einen Verlust. Die Initianten und Initiantinnen wollen nun, dass die Bevölkerung hier mitreden darf. Alle, die Befürworter eines abgegrenzten Areals Strandbad mit Bademeister, aber auch die Befürworter

einer öffentlichen Anlage Riipark sollen jetzt endlich die Gelegenheit erhalten, über diese Frage zu entscheiden und zwar in einer Volksabstimmung.
Man wird in Stein am Rhein zu dieser Frage keine Ruhe finden, wenn wir diesen Schritt zur Volksabstimmung nicht machen, egal, ob wir persönlich für oder gegen ein Strandbad mit Bademeister, für oder gegen einen öffentlichen Riipark sind.
Die SP-Fraktion ist aus diesem Grund für ein Eintreten zu Diskussion über die Sistierung der Initiative.
(Zitat Irene Gruhler Heinzer)

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei der Referentin. Nun ergreift die bürgerliche Fraktion das Wort.

René Schäffeler, FDP begrüsst die Anwesenden. Die Initiative Riipark respektive Strandbad mit BademeisterIn ist eine gewisse Zangengeburt. Auch die Formulierung bereitet Kopfzerbrechen und man kann darüber diskutieren, wie weit sie initiativfähig ist oder nicht. Alleine schon über die Rolle des Bademeisters lässt sich diskutieren. Die Nichteinhaltung der Frist zur Behandlung dieser Initiative im Einwohnerrat ist zu bedauern. Die Gespräche zwischen Stadtrat und Initianten kamen zu spät zustande. Der Sistierungsantrag mit anschliessendem Austritt der Initiantin aus der Kommission nach der ersten Sitzung, mit anschliessender Aufforderung, die Sistierung nicht mehr zu unterstützen, irritiert. Daher auch die vorhergehende Bemerkung, das Ganze sei eine Zangengeburt und es bereitet auch Kopfzerbrechen in der Beurteilung. Wie soll es nun weitergehen? Es wurde festgestellt, dass die Sistierung von den Initianten beantragt wurde und nicht zurückgenommen wurde und ist somit gültig. Der Austritt aus einer Kommission bedeutet nicht, dass ein Sistierungsantrag einfach zurückgenommen wird.
Unter welchen Voraussetzung soll also einer Sistierung nicht zugestimmt werden? Wenn man damit auf Zeit spielen will, und wenn keine Bereitschaft der beiden Parteien, also dem Stadtrat und den Initianten, die in der Kommission vertreten sind, da ist, in den einzelnen Punkten aufeinander zuzugehen. Unter welchen Voraussetzungen soll der Sistierung der Initiative zugestimmt werden? Wenn der Sistierungszeitraum genutzt wird, um das bestehende Konzept zu verbessern und berechtigte Anliegen der Initianten, in Zusammenarbeit mit eben denen umzusetzen. Wenn durch die Sistierung keine Verzögerung der Umsetzung eines allfälligen Volksentscheides erfolgt. Hier möchte Herr Schäffeler darauf hinweisen, dass dieses Prozedere relativ langatmig ist. Wenn die Sistierung abgelehnt wird, kommt die Initiative in einer nächsten Einwohnerratssitzung nochmals vor den Einwohnerrat, wo über die Initiative selbst befunden wird. Diese müsste man dann logischerweise auch ablehnen, wenn man die Sistierung ablehnt. Danach käme sie vor das Volk. Es handelt sich hier um eine allgemeine Initiative, die nicht eine konkrete ausgearbeitete Vorlage beinhaltet. Das heisst, danach müsste man eine Vorlage ausarbeiten innerhalb von 18 Monaten, weitere sechs Monate wären möglich zur Beratung. Also handelt es sich hier um ein Thema, welches frühestens auf die Badesaison 2018 realistischer weise zu einer Umsetzung kommen könnte. Daher ist es möglich, wenn ein gewisser Wille vorhanden ist, auch mit einer Sistierung vorwärts zu machen, damit es gar nicht zu einer solchen Verzögerung kommen müsste, im Gegenteil. Von Seite der bürgerlichen Fraktion wird, nach eingehender Diskussion, bei manchmal auch sehr unterschiedlichen Meinungen, mehrheitlich für die Sistierung der Initiative gestimmt. Welches sind nun die Überlegungen hinter dieser Zustimmung? Man kann dieser Sistierung zustimmen, wenn man entsprechende Bedingungen daran knüpft. Diese Bedingungen sind folgende:
Eine externe Sicherheitsprüfung soll durchgeführt werden. erste Schritte dazu wurden, wie schon gehört, schon vorgenommen durch die Beziehung eines BFU-Experten
Die Verbesserungen des Sicherheitskonzeptes sind umzusetzen. Da gehört auch das vorhin schon angesprochene Thema des Mindestalters und der Mindestausbildung eines Bademeisters, aber auch das Thema einer Stellvertretung. Dies ist äusserst wichtig und muss auch schwarz auf weiss stehen. Ein Bademeister ist angestellt und schaut auf die Sicherheit und somit ist alles sicher, man hat keine Probleme, es passiert nichts. Das Sicherheitskonzept ist kein Konzept, in dem nur eine Person auftaucht. Das ist ganz klar. Das ist ein Konzept für Stellvertretungen, die man braucht, man braucht eine Alarmorganisation usw. Ein Bademeister

ist unbedingt 100% verfügbar. Diese Themen müssen angegangen werden und sind somit auch Aufgabe der Kommission, um vernünftige Lösungen zu finden. Dies kann allenfalls auch die Eingrenzung des Bereichs sein, in welchem der Bademeister zuständig ist. Denn das Strandbad ist ein relativ grosser Raum. Dieser mit nur einer Person zu beaufsichtigen und die Sicherheit zu gewährleisten ist nicht ganz unproblematisch. Das Marzilibad hat zum Beispiel sechs oder sieben Bademeister, die gleichzeitig für die Sicherheit im Bad zuständig sind.
Ein letzter Punkt, der für die bürgerliche Fraktion auch wichtig ist, ist die Überarbeitung des Reglements. Hierbei handelt es sich um ein altes Standardreglement, welches auf den neusten Stand gebracht und angepasst werden muss
Wenn die oben aufgeführten Themen angegangen werden, ist Herr Schäffeler der Meinung, dass man einer Sistierung zustimmen kann. Denn die Sistierung bietet die Chance, im Zeitraum der jetzigen Badesaison diese Punkte zu erarbeiten und umzusetzen. Gewisse Umsetzungen sind teilweise schon erfolgt und dies ist ein Zeichen, um auch persönlich zu sagen, dass man diese Sistierung unterstützen kann, denn man sieht, dass daran gearbeitet wird, dass es Lösungen gibt und dass man auch Kompromisse findet. Herr Schäffeler räumt ein, dass er auch nicht mit allem glücklich ist, was im ersten Schritt des Riiparks umgesetzt wurde, aber man ist hier auf dem richtigen Weg. Vor diesem Hintergrund kann man einer Sistierung zustimmen. Denn sie erlaubt, in einer überschaubaren Frist Sachen umzusetzen, welche teilweise schon auf diese und teilweise auf die nächste Badesaison wirksam sind. Somit braucht man nicht den langen Weg über eine nochmalige Behandlung im Einwohnerrat und einer Volksabstimmung, die Ausarbeitung einer Vorlage, Beratung im Einwohnerrat und eine nochmalige Volksabstimmung zu machen. Dies ist ein relativ langer Weg und Herr Schäffeler ist der Meinung, wenn man mit gutem Willen von beiden Seiten diese Sistierung nutzt und in dieser Zeit die nötigen Punkte erarbeitet, dass man so auf einem schnelleren Weg ein besseres Ergebnis erreichen kann. Deshalb soll man dieser Sistierung zustimmen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident dankt dem Referenten für sein Eintreten und fragt nach weiteren Wortmeldungen zu eben diesem.

Jean Marc Rossi, FL freut sich über die differenzierte Erklärung von Herr Schäffeler. Er findet es auch grundsätzlich eine gute Idee des Stadtrates, dass das Gespräch mit den Initianten gesucht wurde. Es hat aber keinen Sinn, diese Gespräche zu führen, wenn die Initianten nicht mehr mitmachen und nicht zur Abstimmung kommen wollen. Was war denn der Sinn dieser Gespräche? Dem Protokollauszug, der allen vorliegt, ist zu entnehmen, dass der Rückzug der Initiative auf den 9.3. als Bedingung an diese Gespräche geknüpft wurde, ohne dass der Stadtrat im Gegenzug eine Garantie abliefern musste, dass die Anliegen der Initianten auch wirklich umgesetzt würden. Dieses halbe Jahr Aussetzen war ein Kompromissvorschlag. Herr Rossi zweifelt am Terminplan, die Zeit bis zu den Sommerferien ist sehr kurz. Danach hat man sicher im August und November Wahlen, möglicherweise auch Ressortwechsel und Klausursitzungen der allenfalls neuen Stadträte. Herr Rossi kann sich daher nicht vorstellen, wie man unter den gegebenen Umständen wirklich schnell zu einer Einigung kommen sollte. Eine Kommission ist ja auch noch keine Garantie für eine Umsetzung. Schon vorher bestand eine Strandbadkommission, welche mehrere Jahre lang an diesem Thema gearbeitet hat und mehrere Lösungen entwickelt hat, die der Stadtrat aber alle abgelehnt hat. Wäre der Stadtrat zu diesen Zugeständnissen wirklich bereit gewesen, hätte das zeitlich bisher gereicht. Die Initiative wurde im November eingereicht, also ein halbes Jahr zuvor. Warum soll also im nächsten halben Jahr möglich sein, was schon im vorherigen halben Jahr nicht möglich war?
Grundsätzlich findet Herr Rossi die Kommission sehr gut und hofft, dass sie den Badebetrieb Strandbad und Espi weiterhin so begleiten kann. Er ist aber dafür, dass man die Abstimmung vorher macht, damit man in diesem Punkt Klarheit hat. So kommt auch der Stadtrat dem Leitbild ein Stück näher.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Rossi für seinen Beitrag, stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und fragt nach, ob eine weitere Diskussion gewünscht ist. Da dies nicht der Fall ist, wird zur Detailberatung übergegangen.

Detailberatung

Seite 1: Beschluss 1.1
Irene Gruhler Heinzer, SP hat eine Frage zum Punkt 1.1 des Beschlusses: *Die Badkommission besteht aus mindestens einem Mitglied des Stadtrates und weiteren, vom Stadtrat frei gewählten Mitgliedern.* Unabhängig davon, ob nun eine Abstimmung zu dieser Initiative stattfindet oder nicht, braucht es ja eine Badkommission. Im Moment besteht diese Kommission aus zwei Stadträten und Urs Hofer. Gedenkt man da, diese Kommission noch zu vergrössern, denn ob der Sistierung nun zugestimmt wird oder nicht, ist es mit drei Leuten so oder so eher knapp, wie sind da die weiteren Absichten?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent gibt zu dieser Frage gerne eine Antwort. Die Badkommission wurde ins Leben gerufen, um das Thema Volksinitiative damit zu behandeln und mit Absprache der Initianten wurden die vier Personen bestimmt. Die Kommission ist, wie Frau Sigrist vorhin auch schon erwähnt hat, auf der Suche nach weiterem Ersatz. Dennoch sind die drei Mitglieder der Kommission übereingekommen, die nächsten Schritte noch ohne eine Erweiterung der Kommission anzugehen. Es geht hier vor allem auch um die Klärung der Berichte, die man vom Verband für Hallen- und Freibäder erhalten hat, sowie den Unterlagen der BFU, auch vor allem betreffend Sicherheit, Aufsicht usw.

Cornelia Dean, SP hat ebenfalls eine Frage zur Badkommission. Die Badkommission ist ja eigentlich da, um den Stadtrat zu beraten. Wenn jetzt aber 50% Der Kommission oder mehr aus dem Stadtrat selber kommen, macht dies einen komischen Eindruck. Dann berät der Stadtrat sich ja selbst. Eine Kommission sollte ja eben auch noch andere Stimmen dabei haben, dass eine Meinungsbildung gemacht werden kann, um den Stadtrat zu unterstützen und eben zu beraten. Sollten denn da nicht noch mehr Leute dabei sein, als nur vier oder drei? Weil 50% Stadtrat und 50% Volk ist ja auch schon wenig. Soll die Kommission nicht vergrössert werden?

Karin Sigrist, Finanzreferentin bestätigt die Annahme von Frau Dean. Es sollten unbedingt noch mehr Personen in die Kommission kommen. Es ist im Moment ein Missverhältnis, das so entstanden ist. Es ist aber auch so, dass man im Moment noch nicht an der eigentlichen Diskussion ist, sondern man ist immer noch am Abklären, was denn überhaupt möglich ist und was nicht. Auch im Gespräch mit Fachpersonen sind wir nun so weit, dass zwei Stadträte das nötige Wissen über Freibäder und aufsichtsrechtliche Vorgaben erhöhen, so dass der Stadtrat beraten werden kann. Darum ist eine Vergrösserung für diesen Schritt noch nicht allzu relevant, aber für die Zukunft sicher gewünscht und auch so geplant.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für die Erläuterung von Frau Sigrist und fährt mit der Detailbesprechung fort. Da keine Fragen mehr sind, wird der Antrag des Stadtrates verlesen.
Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt Ihnen der Stadtrat, der Sistierung der Volksinitiative Riipark bis Ende 2016 zuzustimmen. Sollte der Einwohnerrat zu einer anderen Auffassung gelangen, ersucht Sie der Stadtrat um eine neue Fristsetzung für die Stellungnahme zur Initiative, um die Eingabe aktualisieren zu können. (Zitat Antrag des Stadtrates)

Beschluss
Der Antrag des Stadtrates betreffend der Sistierung der Volksinitiative Riipark wird bei 6 zu 6 Stimmen durch die Entscheidung des Einwohnerratspräsidenten abgelehnt.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident fügt zu seiner Entscheidung an, dass es bei Nichtzurückziehen der besprochenen Initiative entsprechend dem zeitlichen Verlauf wenig Unterschied macht, ob der Vorgang mit oder ohne Sistierung weitergeführt wird, sofern die Initianten Ende Jahr die Initiative zurückziehen. Im demokratischen Verständnis macht es aber sehr wohl einen Unterschied. Mit dem vom Stadtrat gewählten Vorgehen wurde die Initiative teilweise dem demokratischen Vorgehen entzogen. Die Ablehnung der Sistierung bringt sie

wieder zurück auf den ordentlichen Weg. Mit den vorgegebenen Fristen, wenn man die Sistierung ablehnt, haben der Stadtrat und die Kommission noch genug Zeit, um zu beweisen, dass die ausstehenden Forderungen sachbezogen diskutiert und erfüllt werden können, so dass die Stimmberechtigten an der Urne darüber entscheiden können, ob sie die Initiative umgesetzt haben wollen, oder eben nicht. Daher stimmt Herr Spescha für eine Ablehnung der Sistierung.

Karin Sigrist, Finanzreferentin macht den Einwohnerratspräsidenten darauf aufmerksam, dass noch eine neue Frist benötigt wird.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident hält fest, dass die neue Frist auf die nächste Einwohnerratssitzung am 17. Juni gelegt wird.

Gian Luca Marchetto, SVP berichtigt den Einwohnerratspräsidenten, dass über die Festlegung der neuen Frist abgestimmt werden muss.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident akzeptiert dies und bringt die Festlegung der neuen Frist zur Abstimmung.

Arthur Cantieni, SP bemerkt, dass eine neue Frist schon im Antrag des Stadtrates vermerkt ist, sollte die Sistierung abgelehnt werden. Daher muss gar nicht darüber abgestimmt werden.

Karin Sigrist, Finanzreferentin bestätigt dies.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident nimmt dies zu Kenntnis und fragt nach, ob nun darüber abgestimmt werden soll.

Werner Schmid, FDP bemerkt, dass unbedingt abgestimmt werden soll, damit dies auch formell seine Richtigkeit hat.

Gian Luca Marchetto, SVP unterstützt Herr Schmid und betont, dass eine Abstimmung formell nötig ist. Die Frist steht im Antrag zwar so geschrieben, aber dies kann auch ein Fehler sein. Der Stadtrat soll aber hier auch noch zu Wort kommen. Ist das möglich für den Stadtrat, diese Frist einzuhalten?

Ernst Bühler, Stadtschreiber räumt ein, dass diese Frist möglich ist. Die Zeit ist zwar sehr knapp. Aber Vieles wurde schon zusammengetragen und daher ist es möglich. Es muss einfach dem Einwohnerrat klar sein, ob es ihm möglich ist, dies dann zu beurteilen, so dass man am 17. Juni darüber abstimmen kann, weil der Einwohnerrat dann auch ziemlich wenig Zeit hat, um sich in den Fraktionen oder wo auch immer zu besprechen. Aber für den Stadtrat ist die gesetzte Frist in Ordnung.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident beschliesst, nun über die gesetzte Frist abzustimmen.

Beschluss
Die nächste Einwohnerratssitzung am 17.6. wird als neue Frist für den Stadtrat einstimmig angenommen.

Mittelung an
Stadtpräsidentin
Baureferat
Finanzreferat
Stadtkanzlei
Ablage

BAU, Wasserbau, Schiffländi 00.45.025

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

INNERES, Einwohnerrat, Vorstösse "Motion" 03.20.015

4. Motion Cantieni betreffend behindertengerechtem Schiffssteg

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident erläutert, dass Arthur Cantieni am 8. April eine von sieben Einwohnerräten unterzeichnete Motion mit folgendem Inhalt eingereicht hat:
Der Stadtrat wird beauftragt, bis spätestens zur Eröffnung der Schifffahrts-Saison 2017 die Schiffsanlegestellen der Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein in Stein am Rhein hindernisfrei und behindertengerecht zu gestalten. (Zitat Motion Cantieni)
Herr Spescha bittet den Erstunterzeichner, seine Motion zu begründen.

Arthur Cantieni, SP begrüsst die Anwesenden. In der Verordnung vom Bund zu Bau und Betrieb von Schiffen und Anlagen von öffentlichen Schifffahrtsunternehmen, der sogenannten Schiffsbauverordnung, ist im Artikel 41 festgehalten: „Die Infrastrukturanlagen müssen so beschaffen sein, dass bei ihrer bestimmungsgemässen Verwendung und bei Beachtung der gebotenen Sorgfalt Leben und Gesundheit von Personen nicht gefährdet werden.“ In der gleichen Verordnung steht in Artikel 51.2: „Die Schifffahrtsunternehmen dürfen Landungsanlagen, die den Sicherheitsanforderungen nicht mehr genügen, nicht weiter bedienen.“ Dies ist also soweit die rechtliche Voraussetzung, für einen solchen Landungssteg. Dass unsere Schiffsanlegestelle diese Anforderungen nicht erfüllt und das vor allem bei extremem Wasserstand, ist offensichtlich und dürfte nicht umstritten sein. Wie bei der Motionsbegründung erwähnt, hat man deshalb in Zusammenhang mit der geplanten Neugestaltung der Schiffländi mit der Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein Kontakt aufgenommen, um dieses Problem anzugehen. Im Schreiben vom 28. April 2006, also vor genau 10 Jahren, hat die Schifffahrtsgesellschaft auf die Anfrage der Stadt reagiert und entsprechende Sanierungsvorschläge gemacht. Leider sind diese Bemühungen der Rheinuferkommission für eine Neugestaltung der Schiffländi versandet und somit auch diese Angelegenheit mit einer Landungsstelle. Der Hafenmeister Roland Leuthold hat jedoch immer wieder auf diese prekäre Situation aufmerksam gemacht und nachdem er kein Gehör gefunden hat, hat er sich schliesslich ans Bundesamt für Verkehr BAV gewendet. Daraus resultiert der Brief vom Bundesamt vom 6. Juli 2011. Aber wieder passierte nichts. Der Wortlaut dieses Briefes steht im Motionstext. Im letzten September hat Herr Cantieni im Einwohnerrat unter allgemeine Umfragen auf die prekäre Situation an der Schiffsanlegestelle aufmerksam gemacht, hat aber dann vom zuständigen Stadtrat, das wurde zumindest so empfunden, eine ziemlich unwirsche Antwort bekommen. Kurz darauf erschien dann im Steiner Anzeiger ein Artikel zu eben dieser Sache. Insbesondere nach diesem Zeitungsartikel wurde angenommen, dass in dieser Sache etwas passieren würde. Allerdings war dem nicht so. In keiner Mitteilung vom Stadtrat, z.B. bei den Jahreszielen für das Jahr 2016 usw. war irgendein Hinweis auf diesen Landungssteg. Auch die Erkundigungen beim Stadtpräsidium und auf der Bauverwaltung gaben keine Klarheit darüber, ob in dieser Sache nun etwas Entscheidendes passiert oder nicht. Daraufhin wurde beschlossen, die vorliegende Motion einzureichen. Herr Cantieni möchte hier nicht weiter ausholen, weist aber noch darauf hin, dass auf der gesamten Strecke der Schifffahrtsgesellschaft Stein am Rhein der meist frequentierte Anlegeplatz ist. Auch Behindertenheime benutzen diese Anlagestelle gerne, da sie wenn nötig auch gut mit dem Bus angefahren werden kann. Demzufolge hat es viele Fahrgäste mit Gehhilfen, Rollatoren und Rollstühlen. Bei extremen Wasserständen erreicht die Neigung der Einstiegsrampe ein Mass, das ein gefahrloses Ein- und Aussteigen nicht mehr gewährleistet. Bis jetzt konnte dies nur bewältigt werden dank tüchtigen und verantwortungsvollen Mitarbeitern. Die Motionäre sind deshalb der Meinung, dass diese Verbesserung des Landungssteges nun prioritär zu behandeln ist und zwar jetzt und nicht erst gegen das Jahr

2023. Abschliessend nochmals der Hinweis, dass der Landungssteg in keiner Art und Weise den Vorschriften des Bundes entspricht. In extremen Situationen könnte die URh sogar die Bedienung von Stein am Rhein verweigern. Darum bittet Herr Cantieni den Einwohnerrat darum, der Motion zuzustimmen, damit es in dieser Sache endlich vorwärts geht. Herr Cantieni dankt den Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident dankt Herr Cantieni für seine Erläuterungen und erteilt das Wort dem Bau- und Werkreferenten Markus Oderbolz.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent gibt den Motionären vom Stadtrat aus folgende Antwort, welche den Anwesenden schriftlich auch vor sich liegen haben, inklusive in einer Beilage, was der Stadtrat respektive die Verwaltung hier diesbezüglich unternommen hat.

Der Stadtrat nimmt wie folgt Stellung:
A) Rheinufergestaltung
Im Rahmen der Planung für die Rheinufergestaltung wurden im Jahre 2006 bei der URh Abklärungen zu den Bedürfnissen der URh an die Anlegestelle eingeholt. [Ann. Markus Oderbolz: Es handelt sich um Bedürfnisse, nicht um Vorschläge der URh betreffend Anlegestelle.] *Die URh hat mit Schreiben vom 28. April 2006 ihre Bedürfnisse und Wünsche an die Anlegestelle wie folgt formuliert:*

Anlegeplätze:
- *Aus Sicht URh genügen wie bis anhin zwei Anlegeplätze.*
- *Wenn möglich sollten diese mit höhenverstellbaren Einstiegsplattformen versehen sein, um den unterschiedlichen Wasserständen Rechnung zu tragen und die Sicherheit zu erhöhen.*
- *Der Abstand Stegkante-Schiff müsste in ein besseres Verhältnis gebracht werden, als dies heute der Fall ist.*
- *Die Anbindepfähle sollten mit Seitenpollern in unterschiedlicher Höhenlage ausgestattet sein.*
- *An Land sollten Landpoller angebracht werden, damit die Schiffe, welche über die Nacht abgestellt werden, sicher, einfach und effektiv vertäut werden können.*
- *An beiden Plätzen benötigt die URh Anschlüsse für Strom, Trinkwasser und Abwasser.*

Hafenmeistergebäude:
- *Das neue Gebäude sollte wenn möglich westlich des bestehenden Gebäudes errichtet werden.*
- *Die Einrichtung sollte wie bisher u.a. einen Kassenraum, Lager, Safe, genügend Steckdosen und eine Lautsprecheranlage umfassen.*
- *Für die Fahrgäste sollte ein Unterstand vorhanden sein.*

Diverses:
- *Die Buszufahrt (Altersausflüge, Behinderte) sollte verbessert werden.*
- *Ein gut ablesbarer Pegel sollte vorhanden sein.*
- *Falls möglich sollte eine Vereinheitlichung der Fahrgastinformation an der URh-Landestelle angestrebt werden (vgl. Landestelle Schaffhausen).*
- *Beim Bauprojekt sind die Bestimmungen der SBV (Neufassung 2006), BSV, BSO und des BehiG einzuhalten.*

Die Planung der Rheinufergestaltung ist bis heute nicht weiter verfolgt worden. Die gesetzlichen Bestimmungen zur barrierefreien Gestaltung der Schiffanlegestelle müssen von Gesetzes wegen per Ende 2023 erfüllt sein.

Markus Oderbolz verweist hier auch auf die hindernisfreien Zugänge, die im Bereich des Bahnhofs realisiert werden.

Anlässlich einer erneuten Besprechung mit der URh und Vertretern der Stadt am 16.12.2015 wurden die Anliegen der URh an die Landestelle besprochen, und die URh hat die heutigen Anforderungen an die Landestelle mit Schreiben vom 26.02.2016 erneut mitgeteilt.

Markus Oderbolz verzichtet auf ein weiteres Vorlesen des Schreibens der URh und verweist darauf, dass dieses auch in ihrer Stellungnahme an den Einwohnerrat abgedruckt ist.

B) Abklärungen und Planungen zur hindernisfreien Landestelle
Im Rahmen von Abklärungen zur Sanierung der Landestelle hatte der Baureferent am 20.12.2013 Vorschläge und Kosten für einen hindernisfreien Zugang zu den Schiffen bei der Spezialfirma Neuweiler in Kreuzlingen einholen lassen. Alleine die Richtkosten für die reinen Neubauten im Wasser mit zwei mechanischen Heberampen oder einem Schwimmsteg betragen zwischen CHF 400'000 und CHF 500'000. Die Planungskosten sowie die baulichen Anpassungen der Schiffländi sind dabei nicht berücksichtigt. Die Vorschläge der Firma Neuweiler wurden in Kreuzlingen im Frühjahr 2016 besichtigt.

Folgende Abklärungen und Planungen müssen bei einem Projekt mindestens mitberücksichtigt werden:

- *Die Wasserversorgung kann kurz- bis mittelfristig die Wasserversorgungssicherheit der Anlegestelle nicht mehr gewährleisten. Die Leitungen sind stark korrodiert. Der Ersatz der Leitungen ist zwingen gleichzeitig umzusetzen.*
- *Ebenfalls sind mindestens Anpassungen der Kanalisation und allfällige Sanierungen zu untersuchen und zu prüfen.*
- *Die bestehende Rheinufermauer ist umfassend instand zu stellen, da eine Sanierung nach der Errichtung einer hindernisfreien Landestelle zu erheblichen Mehrkosten führen würde.*

Die weitreichenden, einschneidenden baulichen Massnahmen im Bereich der Schiffländi müssen in den Kontext der Gesamtplanung für die Rheinufergestaltung im Bereich der Schiffländi gestellt werden. Der Stadtrat ist bereit, die Projektierung aufzunehmen. Der Planungskredit ist nicht budgetiert und ist vom Einwohnerrat zu bewilligen (Zeitdauer 1-4 Monate). Die Planungsphase eines derartigen Projektes beträgt mindestens 6-10 Monate bis zum Kreditantrag. Danach muss die Finanzierung durch Dritte abgeklärt und das Projekt von den zuständigen übergeordneten Instanzen bewilligt werden. Diese Phase benötigt einen Zeithorizont von ungefähr 4-6Monaten. Von der Höhe des Gesamtkredites her ist anschliessend voraussichtlich eine Volksabstimmung notwendig.

Die Bauarbeiten müssen innerhalb der Wintermonate durchgeführt werden, da sonst der Schifffahrtsbetrieb eingestellt werden müsste. Realistisch betrachtet ist die Ausführung erst im Winter 2019/20 möglich, wenn mit der Planung im Frühjahr 2017 gestartet werden kann.

C) Finanzierung
Auf Grund der finanziell angespannten Situation figuriert weder die Rheinufergestaltung, noch die hindernisfreie Gestaltung des Schiffstegs im aktuellen Finanzplan 2015-2019. Der Stadtrat ist zur Zeit daran, die Kosten/Leistungen der Stadt zu prüfen mit dem Ziel, Einsparungen in der Laufenden Rechnung zu erzielen. In der Investitionsrechnung ist vorgesehen, die alljährlichen Investitionen zu priorisieren und die Umsetzung der finanziellen Möglichkeiten der Stadtrechnung anzupassen. Für die Realisierung des Projektes ist die Stadt auf die finanzielle Unterstützung Dritter angewiesen.

D) Konklusion
Eine zeitliche Erfüllung der Auflagen bis zu Beginn der Schifffahrtssaison 2017, wie es die Motionäre verlangen, ist unmöglich. Die Genehmigung der Planung und der Ausführung eines hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen erfordert die Zustimmung des Souveräns und ist in 10 Monaten nicht zu verwirklichen. Der Stadtrat ist bereit, das Projekt Rheinufergestaltung Bereich Schiffländi an die Hand zu nehmen und dem Einwohnerrat nach Abklärung der

Finanzierungsmöglichkeiten gegebenenfalls einen Projektierungskredit zur Genehmigung vorzulegen.
(Zitat Stellungnahme Stadtrat zur Motion Cantieni)

Markus Oderbolz bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Bau- und Werkreferent Markus Oderbolz für seine Ausführungen und übergibt das Wort nochmals dem Motionär Arthur Cantieni.

Arthur Cantieni, SP bemerkt, dass er eigentlich die Diskussion abwarten wollte, um zu sehen, wie die Leute auf das Gehörte reagieren. Er ist aber überrascht, dass man wieder mit der Rheinufergestaltung kommt, welche nun schon seit 10 Jahren ohne Resultat im Gespräch ist. Der Zustand der Schiffsanlegestelle ist seit 10 Jahren immer noch gleich. Es herrschen immer noch die gleichen Probleme und die gleichen Schwierigkeiten. Herr Cantieni ist der Auffassung, dass dies mit der Rheinufergestaltung gar nichts zu tun hat, sondern dass man die Schiffsanlegestelle sanieren kann, ohne dass man die ganze Rheinufergestaltung wieder miteinbeziehen muss. Das Projekt würde die Rheinufergestaltung gar nicht erst präjudizieren. das ist also etwas, dass man wirklich vorziehen könnte. Ein gewisses Verständnis bringt Herr Cantieni hingegen für den zeitlichen Ablauf auf. Die Motionäre wollten mit ihrer Motion erreichen, dass in dieser Sache endlich mal wieder Dampf gemacht wird und dass in dieser Sache nun endlich etwas geht und der momentane Zustand verändert wird. Das ist das Ziel der Motion. Herr Cantieni bezweifelt jedoch, dass es vom Finanziellen her wirklich eine Volksabstimmung braucht. Braucht es jedoch wirklich eine Volksabstimmung, so ist es klar, dass es auf 2017 nicht reichen wird mit der Durchführung. Daher würde er vorschlagen, dass man die von 2017 auf 2018 verlängert. Die Gestaltung, Planung und Realisierung eines solchen Projektes braucht nicht nochmals 4 Jahre. Auf den finanziellen Aspekt will Herr Cantieni im Moment nicht eingehen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Cantieni und eröffnet die Diskussion.

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent begrüsst die Anwesenden und erinnert sich, wie es damals gewesen war. Die Rheinuferplanung war einmal sehr weit fortgeschritten. Ernst Böhni erläutert des Weiteren, wie die Rheinuferplanung damals ausgesehen hatte. Die Finanzierung dieser Rheinufergestaltung wäre damals vollumfänglich von der Stiftung getragen worden. Dies war aber an die Bedingung geknüpft, dass alle Parkplätze vom Unteren Obstmarkt aufgelöst und ins neue Parkhaus integriert werden. Das Volk lehnte dies in einer Abstimmung jedoch ab, und damit wurde auch die Investition durch die Stiftung hinfällig, da ohne das Parkhaus der Stiftungszweck nicht mehr erfüllt wurde. Aber zurück zum eigentlichen Thema. Herr Böhni war natürlich auch dabei, als man bei der Firma Neuweiler die neuen Vorschläge angesehen hat. Nun kommt aber noch etwas Neues hinzu. Die Mauer am Anlegeplatz ist unterspült. Bevor man also irgendetwas macht, muss man zuerst diese Mauer sanieren. Dies wird ein wahnsinniger finanzieller Aufwand sein, da weiss man noch nichts Genaueres darüber, wie viel das kosten soll. Der Anlegesteg, so der Baureferent, koste zwischen CHF 400'000 und 500'000. Herr Böhni war bei dieser Besichtigung auch dabei und kann dies bezeugen. Leider ist es nun so, dass wir dieses Geld nicht mehr haben, da die Stiftung nicht mehr bereit ist, ganze Teile der Finanzierung zu übernehmen, wie es damals der Fall war. Damals wäre die Stiftung bereit gewesen, an das ganze Projekt 6 Mio. zu zahlen, 14 Mio. hätte alles gekostet, das wurde dann wie schon erwähnt abgelehnt, somit wurde die ganze Finanzierung hinfällig. Die Stiftung wollte der Stadt das Geld nur zu Verfügung stellen, wenn der Parkplatz am Rhein unten aufgehoben würde. Durch die Ablehnung konnte dies nicht mehr eingehalten werden. Letzten Sommer gab es den Vorschlag, die Busparkplätze in die Friedau zu verschieben, somit wäre man der Stiftung wieder entgegen gekommen, aber auch das wurde ja nicht gutgeheissen. Nun ist es einfach so, dass man zudem noch aus dem Stadtrat hört, dass diese Mauer noch unterspült ist, und Herr Böhni erachtet das als fast wichtiger als den Einstieg, denn eine unterspülte Mauer

kann unter Umständen eine Menge Geld kosten, das die Stadt im Moment nicht hat, wie man in der Zeitung lesen konnte. Wenn die Stiftung nicht zahlen will, so kann die Stadt nichts machen. So hat sich z.B. beim Bahnhof oben mit Kosten von 5 Mio. ein bisschen übernommen, indem man die CHF 500'000 teurere Luxusvariante gewählt hat und so kommen wir im Moment einfach nicht weiter.

Jean Marc Rossi, FL fragt nach, im Vergleich mit Gemeinden wie Mammern, Steckborn oder Diessenhofen, wie viel geben denn diese Gemeinden aus und wie lange dauert so etwas etwa? Die anderen Gemeinden haben ja keine Windler-Stiftung, und trotzdem haben die anderen Anlegestellen am Bodensee so etwas umgesetzt.

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent antwortet daraufhin. Bei den anderen Gemeinden ist das ganz einfach. Diese haben ja die Schiffe nicht direkt an der Mauer. Hier haben wir die Schiffe direkt an der Mauer. Die Schiffe wühlen also bei jedem Start und jeder Wendung den Boden auf und es gibt Turbulenzen im Rhein. In Mammern z.B. wurde der Steg ins Wasser hinaus gebaut. Also hat man im Wasser draussen nur Pfähle mit dem Steg darauf, da haben diese Turbulenzen keinen Einfluss.

Jean Marc Rossi, FL hakt nach, wie es denn wäre mit einem Steg weg von der Mauer?

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent erwidert darauf, dass es in diesen Gemeinden gar keine Mauer gebe. Aber in Stein am Rhein gibt es momentan gar keinen Steg weg von der Mauer, darum ist auch die Mauer unterspült. Diese muss man zuerst flicken. Das gibt wahrscheinlich auch noch einen separaten Antrag.

Rolf Oster, SP findet die ganze Angelegenheit ein bisschen komisch und verweist darauf, dass alle anderen Anlegestellen diese Eigenschaften ja schon haben, warum also nicht auch Stein am Rhein. Was für ihn aber noch ein treibendes Argument ist, was helfen sollte, diese Initiative voranzutreiben ist, dass die URh allenfalls die Bedienung der Anlegestelle Stein am Rhein einstellen kann, sollten sich die Bedingungen nicht verbessern. Wenn das passiert, hat Stein am Rhein ein Problem. Wie schon einmal angemerkt, sind die meisten Frequenzen beim Ein- und Aussteigen in Stein am Rhein. Andererseits haben wir auch viele Touristen, die kommen hier her, teilweise auch mit dem Schiff. Daher muss man sich überlegen, wie man das genau machen will. Zum anderen ist es Herr Oster auch klar, dass es hier ein finanzielles Problem gibt, und auch das Problem mit der Mauer ist absolut richtig. Müsste man sich hier aber nicht überlegen, ob man das Ganze etappieren will? Dass man die Aufgaben teilt und so z.B. in Zusammenarbeit mit der URh etappenweise die Anlegestellen und die Mauer saniert. Dies wäre sicher finanziell die vernünftigere Lösung.

Gian Luca Marchetto, SVP bemüht sich um Sachlichkeit. Er erläutert, dass er beim Erhalt der Motion schon ein wenig schmunzeln musste, sieben Einwohnerräte haben etwas unterschrieben, was mit dieser Frist einfach schlicht nicht umsetzbar ist. Nun soll also der Stadtrat bis eine Woche vor Ostern 2017 eine physische Lösung für dieses Problem finden, wo doch noch nicht einmal eine Finanzierung steht, wo man also den Souverän abfragen muss. Herr Marchetto fragt sich nun, wie man darauf kommen konnte, so etwas zu unterschreiben. Der Stadtrat hat seine Meinung zum Thema im vorliegenden Schreiben schon kundgetan. Diese Meinung wird von Herr Marchetto unterstützt. Auch er ist der Meinung, dass hier eine gute Planung von Nöten ist und dass das Ganze überdacht werden und die Finanzierung stehen muss. Man hat seit Jahren an der Schiffländi unten eine Mauer und nicht wie in Mammern oder Diessenhofen einen Steg, das geht in Stein am Rhein nicht. Darum haben wir hier einen erhöhten Aufwand. Herr Marchetto möchte betonen, dass die bürgerliche Fraktion ganz klar eine Sympathie für die Motion hat, dass der Schiffsteg behindertengerecht wird. Sie sieht auch die Problematik und anerkennt dieses Problem. Aber, Herr Oster hat hier ein stufenweises Vorgehen vorgeschlagen. Wir sind aber der Meinung, dass man dies als Gesamtkonzept betrachten und realisieren muss. Die Verordnung muss bis ins Jahr 2023 erfüllt

sein. Dies ist soweit die Meinung der bürgerlichen Fraktion. Sie sind nicht dafür, dass diese Motion so überwiesen wird.

Werner Käser, FDP bestätigt, was Herr Marchetto gesagt hat. Er hat natürlich auch persönlich eine ganz erhebliche Sympathie für diese Motion. Einerseits für den Tourismus, aber andererseits auch für das behindertengerechte Bauen. Er kann das sehr gut nachvollziehen. Aber auch er bemerkt das fehlende Geld und die zu knapp gesetzte Frist und sieht diese als nicht realistisch an. Hätte der Motionär keine Frist dazugesetzt, hätte Herr Käser der Motion wahrscheinlich zugestimmt. Aber so ist die Motion nicht realistisch. Und dass die URh Stein am Rhein nicht mehr bedient, hält Herr Käser für eher unwahrscheinlich. Denn die URh ist auch auf Stein am Rhein angewiesen und würde sich damit selbst schaden. Aber natürlich würde es nichts schaden, nicht erst auf den letzten Drücker 2023 zu reagieren. Auch Herr Käser rät dem Stadtrat, dies zu forcieren, aber nicht zu den Fristen, welche die Motion gesetzt hat.

Irene Gruhler Heinzer, SP stellt eine Frage: Wenn die Mauer unterspült ist, um welche Mauer handelt es sich denn genau auf dem Plan? Und kann man denn den Bau eines neuen Anlegesteges nicht mit der Sanierung der Mauer verbinden, wenn man die Motion mit Sanierung der Mauer erfüllen würde?

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent wirft ein, dass es sich dabei um die Quaimauer handelt.

Irene Gruhler Heinzer, SP geht auch auf den vorherigen Kommentar von Herr Marchetto ein und erklärt ihm, dass durch diese Motion nun eine Stellungnahme des Stadtrates zu diesem Thema erreicht wurde. Man kann sicherlich auch über die gesetzten Fristen reden. Grundsätzlich ist man sich einig, dass man etwas machen muss. Das Anliegen ist nun, dass man mit dem jetzigen Wissen weiterfährt. Die Frage, die sich nun stellt ist, ob man die Sanierung der Quaimauer nicht mit der Motion verbinden kann?

Ulrich Böhni, Bildungsreferent will zur Diskussion noch zwei Bemerkungen machen:

1. Zum Kommentar, dass am ganzen See moderne Schiffslandungsstege vorhanden sind. Dies ist zum Teil der Fall, hier soll aber das Beispiel Mammern nochmals genauer erläutert werden. Der Schiffsteg wurde im Sommer 2013 eröffnet, war jahrelang in Planung und hat die Gemeinde schlussendlich CHF 1.4 Mio. gekostet. Dies sind einfach Beträge, mit denen man rechnen muss.
2. Anhand dieser Motion wurde intensiv im Stadtrat diskutiert. Daran sieht man auch, dass es wichtig ist, dass man dieses Thema auch angeht und dass man dieses Projekt auch ansehen muss, dass sind sich alle klar und in diesem Sinne wurde auch die vorliegende Antwort erstellt. Dazu ist auch wichtig, was Ernst Böhni vorhin gesagt hat, dass in diesem Zusammenhang auch die Fremdfinanzierungsfrage geklärt werden muss und diese ist verknüpft mit Zusatzbedingungen. Darum ist es auch aus finanzieller Sicht wichtig, dass dieses Thema gesamtheitlich betrachtet wird. So hat man eher die Chance, auch eine entsprechende Finanzierung zu ermöglichen.

Gian Luca Marchetto, SVP richtet seine Aussage an Frau Gruhler Heinzer und erklärt, dass die bürgerliche Fraktion vom Grundsatz der Motion gar nicht abweicht und dass auch der Stadtrat die Grundidee für gut befindet. Er hält aber fest, dass er es fragwürdig findet, dass man eine Motion unterschreibt, ohne überhaupt zu überlegen, ob denn die Motion überhaupt realistisch und umsetzbar ist.

Irene Gruhler Heinzer, SP bestätigt, dass sie Herr Marchetto verstanden hat. Sie bemerkt dazu noch, dass sie aber gerne ihre Frage noch beantwortet hätte.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent kann hier keine genaue Antwort geben und verweist auf die Stellungnahme des Stadtrates, in welcher etwas in dieser Weise schon steht. Er verweist auch auf den Plan, der allen Anwesenden vorliegt und auf welchem ersichtlich ist, dass die Sanierung der Mauer vor der Erfüllung der Motion stattfinden muss, da es anders nicht

zu bewerkstelligen ist. Dies muss also als Gesamtpaket betrachtet werden. Seit 2013 ist der Stadtrat dabei, dieses Thema zu bearbeiten, das einzige, was das Projekt noch bremst, sind die Finanzen. Aber es wurde schon viel in Bauten und Infrastruktur investiert und soll auch investiert werden. Aber der Stadtrat hat eine finanzielle Verantwortung und diese darf er nicht einfach ignorieren.

Irene Gruhler Heinzer, SP äussert die Befürchtung, dass dies nun ähnlich ablaufen könnte wie das Strandbad. Man realisiert rundherum verschiedenste Projekte, ist aber zum Schluss trotzdem nicht da, wo man eigentlich sein will. Sie bittet den Stadtrat darum, den Esel nicht am Schwanz aufzuziehen, sondern man soll da ansetzen, wo es etwas zu arbeiten gibt. Darauf bezieht sich auch die Frage von Frau Gruhler.

René Schäffeler, FDP weist darauf hin, dass hier ein Missverständnis vorliegt. Die Mauer muss unbedingt mit dem Steg zusammen saniert werden, etwas anderes ist bei einer Realisierung der Motion nicht möglich. Dazu will Herr Schäffeler noch ein paar Sachen erwähnen. Zum einen wird die Diskussion nun langsam recht emotional, obwohl sich ja beide Fraktionen über die Grundlage der Motion einig sind. Letztes Jahr hatte man das Parkplatzkonzept und die Eingabe von Herr Spescha, welche auch von Seiten der bürgerlichen Fraktion unterstützt wurde, da es darum ging, ein gesamtheitliches Konzept zu erstellen. Darum ist nun auch die Stellungnahme des Stadtrates, dass man die Rheinufergestaltung der Schiffländi gesamthaft behandeln will, und zwar nur die Schiffländi, und nicht das ganze Rheinufer bis hin zum Strandbad. Aber dies muss als Gesamtkonzept betrachtet werden und dann muss es etappiert werden, damit es auch in einem Masse finanziell realisierbar wird. Diese finanziellen Fragen müssen unbedingt geklärt werden. Es wurde schon früher immer wieder darüber geredet. Stein am Rhein geht auf eine Verschuldung von CHF 30Mio. bis CHF 35 Mio. zu. Im Finanzplan steht ein Ziel von 15 Mio. Dies darf einfach nicht ausser Acht gelassen werden. Der Stadtrat hat hier eine ausformulierte Antwort gegeben, wie man dieses Problem lösen soll. Der Stadtrat steht hier nun auch in der Verantwortung, dass dies auch realisiert wird und dass eine Etappierung gesucht wird. Unter diesen Voraussetzungen ist Herr Schäffeler der Meinung, dass das Projekt in die richtige Richtung geht und er dies unterstützen kann.

Cornelia Dean, SP fragt den Baureferenten danach, wie schlimm denn die Unterspülung der Mauer ist? Wie dringend ist die Sanierung der Mauer? Es ist ja auch das Anliegen der Motionäre, dass möglichst alles gemeinsam gemacht wird, und nicht einzelne Kleinigkeiten verbessert werden.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent gibt gerne Antwort. Aus genau diesem Grund wurde der Stellungnahme eine Ideenskizze beigelegt. Auf dieser ist zu sehen, dass ein hindernisfreier Zugang nur über einen zusätzlichen Steg mit zwei Anlegestellen möglich ist. Es handelt sich hier also nicht nur um einen normalen Landungssteg mit einer Anlegestelle, sondern es besteht von Seiten der URh ein Wunsch nach 2 Anlegestellen, um sogar über Nacht bleiben zu können. Will man allen Anforderungen gerecht werden, so muss man sogar mit 2 bis 4 Anlegestellen rechnen. Der Bau dieser Anlegestellen ohne eine gleichzeitige Sanierung der Mauer ist nicht möglich. Darum sind der Aufwand und die Planung mit dem in der Motion genannten Termin nicht realisierbar.

Cornelia Dean, SP bemerkt, dass ihre Frage noch nicht beantwortet wurde.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent antwortet darauf, dass die Mauer nicht zusammenfallen wird, aber wenn an der Schiffländi eine solche Anlegestelle gemacht wird, ist es zwingend notwendig, dass auch die Sanierung der Mauer überprüft wird und Massnahmen getroffen werden, wo sie nötig sind. Es wissen alle, die sich auf dem Wasser bewegen, dass so ein Schiff heute meist nur noch mit dem Bugstrahlrohr ablegt, weil anders nicht mehr an- und abgelegt werden kann. Und genau an diesen Stellen hat die Mauer gewisse Schäden, die man dezidiert betrachten muss.

Arthur Cantieni, SP will zu ein paar Voten aus der Diskussion Stellung nehmen. An Herr Marchetto gerichtet erklärt Herr Cantieni, dass er vorhin schon angetönt hat, dass er sich durchaus bewusst ist, dass es sehr schwierig ist, die mit 2017 gesetzte Frist einzuhalten. Den Motionären ging es aber darum, im Stadtrat Dampf zu machen, damit diese Sache endlich genauer betrachtet und in Angriff genommen wird. Er will auch daran erinnern, dass die Rheinuferkommission nun 10 Jahre daran gearbeitet hat und nun kommt man wieder mit dem Anfangskonzept Schiffländi, da stellt sich die Frage, ob das nun auch wieder 10 Jahre gehen wird, bis das Gesamtkonzept realisiert ist. Den Motionären geht es darum, dass dieses Projekt in Angriff genommen wird. Das kann auch im Rahmen eines Gesamtkonzeptes sein, aber die Landestege sollten prioritär behandelt werden. Wenn die bürgerliche Fraktion also einen Vorschlag machen würde, wie man den Motionstext entsprechend ändern soll, könnte man sich vielleicht damit einverstanden erklären. Aber die Motionäre wollen nicht, dass einfach nur wieder herausgeschoben wird und es schlussendlich wieder keine Lösung gibt. Es hat nun bei Herr Cantieni den Eindruck geweckt, dass wieder begonnen wird, Hürden aufzubauen, damit man die Problematik nicht genauer betrachten muss. Er aber ist der Meinung, dass dieses Projekt nun bearbeitet werden muss. Es lässt sich bei genügend Aufwand sicher auch eine Lösung für die finanzielle Situation finden. Hierbei verweist Herr Cantieni auf die Jakob und Emma Windler-Stiftung, die bis anhin noch nicht erwähnt wurde. Herr Cantieni ist überzeugt davon, dass die Stiftung sicher einen namhaften Betrag an das Projekt zahlen würde, da es ja unter anderem um Behinderte und um Personen mit Rollstuhl usw. geht. Als Beispiel für die Beteiligung der Windler-Stiftung nennt Herr Cantieni die Eröffnung des neuen Kinderspielplatzes, welcher CHF 250'000 gekostet hat. CHF 200'000 wurden dabei von der Stiftung übernommen. Zudem betrachtet Herr Cantieni die Verschuldungssituation der Stadt nicht ganz so dramatisch, wie sie immer wieder hochgespielt wird. Aber dies ist ein anderes Thema, das zu gegebenem Zeitpunkt noch besprochen werden wird. Herr Cantieni bittet also die bürgerliche Fraktion darum, einen Vorschlag zu machen, wie man die Formulierung der Motion abändern könnte. Herr Cantieni ist auch erstaunt, dass von niemandem Bedauern für die Situation der Leute gezeigt werden, die unter solchen Umständen Stein am Rhein mit dem Schiff anfahren. Es gibt auch verschiedene Schreiben von Behindertenorganisationen und Privaten an die Stadt Stein am Rhein, wo man sich erkundigt, ob und wann in dieser Sache etwas gemacht wird.

Werner Käser, FDP bemerkt, dass es nicht Sache der bürgerlichen Fraktion ist, den Motionstext zu ändern. Er fragt aber den Hauptmotionär an, ob er damit einverstanden wäre, die zeitliche Frist aus dem Motionstext zu streichen. Dies würde es Herr Käser erleichtern, der Motion zuzustimmen.

Arthur Cantieni, SP bittet um eine kurze Unterbrechung der Sitzung, damit die Motionäre untereinander besprechen können, wie sie fortfahren wollen.

Gian Luca Marchetto, SVP hat noch eine Ergänzung zu den Aussagen von Herr Cantieni betreffend des vorhin erwähnten Bedauerns für die Situation der Besucher. Herr Marchetto teilt mit, dass er höchsten Respekt hat vor allen Behinderten, die hier unterwegs sind, sei es mit einem Rollstuhl oder einem Rollator, hat. Aber wir sprechen hier nicht nur von denen, sondern auch z.B. von Eltern mit Kinderwägen oder von Fahrradfahrern. Man darf diese Menschen also auch nicht diskriminieren. Herr Marchetto betont noch einmal, dass er den grössten Respekt vor Menschen mit Behinderungen hat. Aber er selbst hat es noch nie erlebt, dass ein Matrose nicht behilflich war, wenn beim Ein- oder Ausstieg Hilfe von Nöten war. Das hat Herr Cantieni auch bestätigt.

Arthur Cantieni, SP weist darauf hin, dass auch in der Motion erwähnt wird, wie äussert wichtig der Tourismus für Stein am Rhein ist und daher wundert sich Herr Cantieni über gewisse Äusserungen aus dem Einwohnerrat. Aber darauf will Herr Cantieni nicht weiter eingehen. Er bittet darum, dass die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen wird, damit die Motionäre das Thema nochmals kurz besprechen können.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident teilt mit, dass die Einwohnerratssitzung für 5 Minuten unterbrochen wird.

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident setzt die Sitzung fort. Die Motionäre haben sich besprochen und der Hauptmotionär wird nun den neuen Motionstext vorlesen.

Arthur Cantieni, SP der neue Vorschlag lautet wie folgt:
Der Stadtrat wird beauftragt, baldmöglichst, jedoch spätestens bis Winter 2019/20 die Schiffsanlegestelle der Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein in Stein am Rhein hindernisfrei und behindertengerecht zu realisieren.
Bei dem Termin handelt es sich um den Termin, welcher der Stadtrat selbst in seiner Stellungnahme erwähnt hat. Herr Cantieni hofft, dass die bürgerliche Fraktion dieser Änderung zustimmen kann.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Cantieni und schlägt vor, nun zur Abstimmung zu schreiten.

Gian Luca Marchetto, SVP schlägt eine erneute Diskussion vor gemäss Art.32 Absatz 5 der Geschäftsordnung. Herr Marchetto fragt den Stadtrat, ob dieser Termin für sie in Ordnung ist.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin erklärt, dass der Stadtrat selbst den Termin in der Konklusion ihrer Stellungnahme vorgeschlagen hat und es wäre ja schon ein wenig komisch, wenn sie selbst nun den Termin nicht gutheissen würden.

René Schäffeler, FDP ist erfreut, dass nun diese Anpassung gemacht wurde. Es ist jedoch schade, dass hier nicht bessere Vorarbeit geleistet wurde. So hinterlässt die Motion ein ungutes Gefühl. Es fühlt sich ein wenig so an, als würde auf Grundlage dieser Motion nun Propaganda geführt. Grundsätzlich wurde schon im Voraus gesagt, dass die bürgerliche Fraktion dieser Motion Sympathie entgegenbringt und mit der Änderung der Frist ist dies in Ordnung. Natürlich muss auch die Finanzierung noch abgeklärt werden.

Gian Luca Marchetto, SVP bedankt sich bei Herr Cantieni für die Änderung des Motionstextes.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident liest den neuen Motionstext nochmals vor und fordert die anwesenden Einwohnerräte zur Abstimmung auf:
Der Stadtrat wird beauftragt, baldmöglichst, jedoch spätestens bis Winter 2019/20 die Schiffsanlegestelle der Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein in Stein am Rhein hindernisfrei und behindertengerecht zu realisieren.

Beschluss
Die Motion mit der entsprechenden Änderung der Frist wird einstimmig angenommen.

Mitteilung an
Baureferat
Finanzreferat
Stadtkanzlei
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

5. Information, Umfrage 5

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin möchte sich im Namen des URh Verwaltungsrates nochmals bedanken. Sonst möchte sie noch auf ein weiteres Datum aufmerksam machen: am 4. Juni ist Tag der offenen Tür bei der KiTa Stein am Rhein. Es handelt sich um die Garteneröffnung. Die Anwesenden werden darüber noch informiert.

Ulrich Böhni Bildungsreferent bemerkt, dass die letzte Einwohnerratssitzung schon ein paar Monate her ist. Da hatte der Stadtrat einen kurzen Zwischenbericht zu Diskussion rund um das Projekt Schulzusammenarbeit Oberer Kantonsteil gegeben. Es wird weiterhin sehr intensiv an diesem Projekt gearbeitet. Das Projekt hat sich formell in eine andere Richtung entwickelt. Dazu wird in der kommenden Woche eine entsprechende Pressemitteilung erscheinen. In einem ersten Schritt werden aber die gesetzten Ziele sicher umgesetzt. Die Gemeinden haben sich darüber geeinigt, wie es weitergehen soll. Der Einwohnerrat wird an der nächsten Sitzung ausführlich darüber informiert. Der Bereich Zusammenarbeit Oberstufe wird wie geplant stattfinden, zum Bereich Unterstufe wird es in der nächsten Sitzung noch genauere Informationen geben.

Werner Käser, FDP hat eine Frage an den Stadtrat. Mit einigem Erstaunen hat Herr Käser diesen Frühling der Presse entnommen, dass die Parkplätze an der Schiffländi aufgehoben werden, damit man da eine Terrasse machen kann. Die Detaillisten im Städtchen sind aber froh um jeden Parkplatz. Wurde diese Auflösung mit den Nachbarn abgesprochen oder hat der Stadtrat von sich aus entschlossen, diese Parkplätze ausgerechnet während der Saison aufzuheben?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, dies betrifft zwei Sachen. Zum einen wurde an der Schiffländi ein Boulevard Café bewilligt. In Stein am Rhein herrscht Gewerbefreiheit und es sollte jedes Gewerbe möglich sein. Die Bedingung für dieses Boulevard Café war es, die Parkplätze aufzuheben. Denn jeder Parkplatz in der Stadt Stein am Rhein muss bewilligt werden. Noch zur Kenntnis für die Anwesenden: Die Parkplätze sind nicht für immer aufgehoben, sondern nur während der Saison des Boulevard Cafés.

Werner Käser, FDP bemerkt, dass die Parkplätze also dann nicht zur Verfügung stehen, wenn sie eigentlich gebraucht werden.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erwidert daraufhin, dass es hier noch einen weiteren Beweggrund gibt, der zur Bewilligung des Boulvard Cafés geführt hat. Stein am Rhein hat ein Parkierungskonzept und nach diesem hat die Stadt im Städtchen noch weit mehr Parkplätze, als damals als Zielgrösse festgelegt wurde. Aber auch diese Zielgrösse wird bei einer Überarbeitung, wie sie jetzt vorgenommen wird, sicher nochmals überprüft.

René Schäffeler, FDP will nochmals auf einen etwas älteren Punkt zurückkommen. im Herbst 2013 hat die Spurgruppe um Hans Schlatter, die sich um Alterswohnungen mit niederschwelliger Betreuung in Stein am Rhein bemüht, Land mit Baurecht in Aussicht gestellt bekommen. Inzwischen sind diverse Abklärungen erfolgt und nun ist ein Baurechtsvertrag mit der Genossenschaft Alterswohnungen auszuarbeiten, die damals gegründet wurde und nun schon über 75 Mitglieder hat. Kann man davon ausgehen, dass die Vorlage in der nächsten Einwohnerratssitzung zur Sprache kommt? Das Ganze bedingt ja schlussendlich auch eine Volksabstimmung.

Karin Sigrist, Finanzreferentin der Stadtrat ist mit Eifer an der Ausarbeitung eines Baurechtsvertrags. Dies ist aber eine besondere Situation, da es sich hier um ZöBA Land handelt, was mit zusätzlichen Abklärungen verbunden ist. Es gibt keine baurechtlichen Normen, das muss abgeklärt werden, dann braucht es noch ein Gutachten, was dort genau möglich und

sinnvoll sein soll. Es musste auch abgeklärt werden, wie der Landwert abzuschätzen ist. Dies ist ein eigenes Gutachten vom Amt für Grundstückschätzungen. Weiterhin ist es juristisch schwierig zu wissen, ob man auf ZöBA-Areal Alterswohnungen bauen kann. Diese Abklärungen kosten Zeit. Es besteht sogar der Auftrag vom Alters- und Pflegegesetz, dass Alterswohnungen geschaffen werden. Dies wurde abgeklärt und man kann auf ZöBA-Areal Alterswohnungen bauen. Für eine Ausarbeitung des Baurechtsvertrags müssen die Auflagen für altersgerechtes Bauen integriert werden, dann steht immer noch im Raum, dass auf diesem Areal eigentlich eine Parkierung geplant wäre, daher müsste man die Parkgarage als Unterbau rechnen und das erfordert einiges an Planungszeit. Aber es sollte möglich sein, auf die nächste Sitzung genaueres zu erläutern.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin korrigiert Frau Sigrist und verschiebt das Datum aufgrund der Komplexität des Themas auf die Einwohnerratssitzung im August.

Ernst Bühler, Stadtschreiber führt auch aus, dass so ein Vertrag immer zwei Seiten hat und auch die Genossenschaft mit dem Vertrag noch einverstanden sein muss. Je nach dem kommt man dann schneller oder weniger schnell zu einer befriedigenden Lösung. Dies ist auch nochmals eine Verhandlungssache, die geklärt werden muss. Es kann sein, dass noch ein Quartierplan gemacht werden muss usw., und der Stadtrat will erst eine Vorlage bringen, wenn wirklich rundum auch alles passt und das braucht nun mal seine Zeit. Man bemüht sich aber um eine schnellstmögliche Lösung.

René Schäffeler, FDP erläutert, dass eine Verzögerung sicher nicht an den Genossenschaftern liegt und wünscht keine weiteren Verzögerungen mehr. Denn schlussendlich muss die Vorlage auch noch vors Volk, und ohne eine gewisse finanzielle Grundlage kann die Genossenschaft nicht weiterarbeiten.

Ernst Bühler, Stadtschreiber erwidert, dass es sicher einfacher ist, auf Wohnbauland zu bauen, dieses wäre andernorts auch zur Verfügung gestanden. Aber das Land der ZöBA ist hier rechtlich gesehen spezieller und braucht mehr Abklärungen. Aber wie gesagt, der Stadtrat ist dabei diese Abklärungen zu führen und wird sich danach auch mit einem realistischen Vorschlag an die Genossenschaft wenden.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident fragt nach, ob noch weitere Wortmeldungen gewünscht sind.

Irene Gruhler Heinzer, SP hat eine Frage betreffend des Antrages der Kommission SBBKW an der letzten Sitzung. Es wurde der Antrag gestellt, dass der Stadtrat einen Meilensteinplan zur Sanierung des Alters- und Pflegeheims vorlegen soll. Terminiert war dies auf die nächste Einwohnerratssitzung, also auf heute. Wie es aussieht, ist dies aber nicht der Fall. Wie weit ist der Stadtrat damit?

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin antwortet auf Frau Gruhler Heinzers Frage. Sie selbst und Herr Oderbolz sind im Projektausschuss und aus diesem Grund will sie auch dem Baureferenten das Wort geben, dass er genauer erläutert, wie das nun aussieht.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent kann zu diesem Thema folgendes mitteilen: Man hat ein Projektreview gestartet. Alle, die in dieses Projekt involviert sind, wurden informiert. Diese Projektreview wird auch dem Stadtrat vorgelegt und nun wird untersucht, welchen Einfluss diese Review auf den Betrieb hat. Sobald diese Review baulich und betrieblich abgeschlossen ist, wird der Einwohnerrat dazu informiert. Das wird aber sicher nochmals ein paar Wochen in Anspruch nehmen.

Irene Gruhler Heinzer, SP hakt nach, ob man schon auf die nächste Sitzung dazu etwas erwarten kann?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erklärt, dass die entsprechende Sitzung erst in der folgenden Woche ist. Darum kann er noch nicht genau sagen, wie weit fortgeschritten die Abklärungen schon sind. Er bietet aber an, dass man, wenn man zu diesem Thema noch weitere Informationen will, gerne ihn oder Frau Eimer anrufen kann.

Irene Gruhler Heinzer, SP unterstreicht, dass sicher auch die Bevölkerung von Stein am Rhein interessiert wäre an weiteren Informationen zu dieser Entwicklung.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin bemerkt, dass schon in der letzten Mitteilung vom Stadtrat informiert wurde, dass es das Ziel ist, bis zur nächsten Einwohnerratssitzung eine Orientierungs- und Informationsvorlage zu präsentieren. Frau Eimer betont, dass sie um das Interesse der Öffentlichkeit an der Sanierung und Erweiterung des Alters- und Pflegeheims wissen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident hat selbst noch ein paar Punkte, die er dem Rat mitteilen will. Es wäre wünschbar, dass die Einwohnerräte auch per Mail erreichbar sind. Darüber wurden die Anwesenden auch schon informiert. Dies wurde nun geprüft und man kann dazu folgendes vorschlagen: Auf der Website der Stadt wird bei jedem Einwohnerrat noch eine Mailadresse angefügt, welche wie folgt aufgebaut ist: vorname.name@steinamrhein.ch. Mails, die an diese Adresse gehen, werden auf die private Mailadresse umgeleitet. Herr Spescha eröffnet die Diskussion zu diesem Thema und will anschliessend darüber abstimmen.

Rolf Oster, SP dankt für die Vorarbeit. Er befürwortet den Vorschlag. Die privaten Mailadressen bleiben so im Hintergrund und dazu tritt Stein am Rhein professioneller auf.

Gian Luca Marchetto, SVP gibt Herr Oster Recht, sofern gewährleistet ist, dass man nicht tagtäglich verschiedenste Werbemails bekommt.

Ernst Bühler, Stadtschreiber macht darauf aufmerksam, dass der Hostbetreiber einen Spamfilter hat. Natürlich kann die eine oder andere Mail trotzdem durchkommen. Aber die Sicherheit ist so gut wie möglich gewährleistet.

Arthur Cantieni, SP steht dem Ganzen misstrauisch gegenüber. Darf man auch seine eigene Mailadresse verweigern? Herr Cantieni hat kein Interesse daran, dass seine Mailadresse öffentlich zu sehen ist.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident erklärt, dass es sich dabei nicht um die eigene Mailadresse handelt, sondern um eine neue Adresse, von welcher nur die Mails an die eigene Adresse weitergeleitet werden.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin fügt hinzu, dass es sich dabei um einen Service handelt, den die Stadt anbietet für Einwohnerinnen oder Einwohner, die eine Frage direkt an eine bestimmte Person aus dem Einwohnerrat stellen wollen.

Arthur Cantieni, SP räumt ein, dass er verstanden hat, wie das Konzept funktioniert.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident fordert die Anwesenden zur Abstimmung auf.

Beschluss

Der Antrag, einheitliche Mailadressen für alle Mitglieder des Einwohnerrates zu machen, wurde mit 12 Ja-Stimmen zu einer Gegenstimme angenommen.

Mitteilung an
Stadtkanzlei
Ablage

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident hat noch eine weitere Information. Die Stadt hat ein Extranet aufgeschaltet und der Einwohnerrat wird einen Link und ein Passwort bekommen, um auf dieses Extranet zuzugreifen. In diesem Extranet werden die Sitzungsunterlagen hochgeladen, damit die Ratsmitglieder diese für sich herunterladen können. Die Unterlagen werden dem Rat aber auch noch in Papierform zugesandt. Zusätzlich dazu gibt Herr Spescha noch die Information, dass das Protokoll von nun an bis zwei Wochen nach der Sitzung geschrieben ist und dementsprechend zusammen mit den restlichen Unterlagen auf das Extranet hochgeladen wird.

Gian Luca Marchetto, SVP will wissen, was genau ein Extranet ist.

Ernst Bühler, Stadtschreiber erklärt, dass es auf der Homepage der Stadt in den Toplinks einen neuen Link geben, der mit Extranet beschriftet ist. Dort kann man sich einloggen und die Unterlagen sind dann da bereitgestellt.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich zum Abschluss der Sitzung noch bei Karin Schmid, die per 1. Februar ihren Rücktritt als Protokollführerin gegeben hat, für ihr Engagement und ihre Arbeit. Der neuen Protokollführerin Beatrice Strasser wünscht Herr Spescha viel Erfolg und Befriedigung in ihrer neuen Position.

Schluss der Sitzung 22.05 Uhr. Die nächste Sitzung findet am 17. Juni und 20.00 Uhr im Jakob und Emma Windler-Saal statt.

Stein am Rhein, 20. Mai 2016

Die Protokollführerin

Beatrice Strasser